Weltfinanzkrise: Moskau schützt sich mit Bitcoin

23 Apr. 2022 07:27 Uhr

Während eine Weltfinanzkrise anläuft, verweilen viele Blicke auf dem Bitcoin. Inmitten der rasant steigenden Inflation, fragen sich immer mehr Menschen, ob das "digitale Gold" auch für sie eine effektive Lösung gegen Enteignungen, Entwertungen, digitale Überwachung und Kapitalverlust sein kann. Große Firmen, aber auch immer mehr Staaten wie Russland bejahen das Konzept längst.

Quelle: www.globallookpress.com © Costfoto
Von Bitcoins, kurz BTC, gibt es weder Münzen noch Scheine. Sie existieren nur virtuell, als digitale Zeichenfolge.

von Elem Raznochintsky

Kurzfristig erwarten Experten, dass der Bitcoin zunächst weiter an Wert verliert. Am Ostermontag rotierte die Kryptowährung bei circa 36.000 Euro (38.900 US-Dollar) pro Einheit. Mit dem bisherigen Jahreshoch von 44.385 Euro (47.900 US-Dollar) vom 28. März, handelt es sich um übliche Wertschwankungen, derer es in den vergangenen Jahren viele gab. Ein großer, historischer, ununterbrochener Aufwärtstrend ist unmissverständlich weiter im Gange. Die mittel- bis langfristigen Prognosen für den Bitcoin bleiben unverändert: weitere Wertsteigerung im Zuge der kommenden weltweiten Finanzsystem-Umbrüche, die von enormen Vermögenstransfers definiert sein werden.

Nochmal kurz zur Erinnerung für all diejenigen, die erst jetzt zugeschaltet haben: Kryptowährungen sind digitale Währungen, die als modernes Tauschmittel dienen. Im Prinzip handelt es sich bei Kryptowährungen um dezentralisiertes digitales Geld, das für die Nutzung über das Internet bestimmt ist. Die darunterliegende Kryptografie wird zur Sicherung und Überprüfung von Transaktionen und zur Kontrolle der Erweiterung der Währungseinheiten eingesetzt.

Im Gegensatz zum zentralisierten Fiatgeld, das beliebig von einer ominösen Finanzspitze, (die meistens von der ihr hörigen Staatsbürokratie angefeuert wird), vermehrt werden kann, basieren Kryptowährungen auf einem dezentralen, digitalen Kassenbuch. Dieses wird von einem Netzwerk an Computern verwaltet und kann von keiner zentralen Instanz manipuliert oder korrumpiert werden.

Letzteres ist einer der Hauptgründe, weshalb der Bitcoin und mittlerweile viele andere seiner Nachfolger (wie Ethereum oder Cardano) unter Anlegern, Händlern, Sparern, Investoren und nun auch für den russischen Staat so attraktiv geworden sind.

Unter Sanktionsdruck: Russland offen für Krypto-Innovation

Mit den irritierenden Sanktionen, die Russland finanziell und wirtschaftlich isolieren und auch zerstören sollen, war die Neuigkeit über das mögliche grüne Licht aus dem Kreml, Kryptowährungszahlungen bald zu legalisieren, keine allzu große Überraschung.

Als der russische Kommersant diese Information vergangenen Freitag verkündete – sich auf einen vermeintlich authentischen, aktuellen Gesetzentwurf des russischen Finanzministeriums beziehend – war die Crypto-Community auf Twitter so sehr angetan, dass viele es als bereits beschlossene Sache verstanden haben. So weit ist es zwar noch nicht, aber im Hinblick auf die Entwicklungen der Weltwirtschaft und Russlands sich wandelnde Position darin, wird es wohl nicht mehr lange dauern.

Hinzu kommt die Meldung über das Empfehlungsschreiben vom Leiter der russischen Industrie- und Handelskammer (CCI), Sergej Katyrin, an den russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin. Darin schlägt er vor, Ländern des afrikanischen Kontinents Kryptowährungszahlungen und Zahlungen in der eigenen Nationalwährung anzubieten.

Noch Ende März wurde in der russischen Staatsduma die Möglichkeit besprochen, Erdgas- und Erdölzahlungen von "freundlichen Ländern" in Bitcoin zu genehmigen. Genauer gesagt, war es sogar der Vorsitzende des Ausschusses für Energie im russischen Parlament, Pavel Zavalny, der diesen Vorschlag machte. Zavalny ist außerdem seit dem Jahr 2013 der Präsident der Russischen Gasgesellschaft.

Vieles deutet also darauf hin, dass die russische Führung eine grundsätzlich mehrschichtige finanzielle Strategie zur Bewältigung der durch die Sanktionen entstandenen Probleme anwendet.

Wenn es kracht, dann richtig

Wie die Financial Times kürzlich viele deutsche Expertenstimmen und Studien zusammenfasste, wird bei der Umsetzung eines vollen EU-Energieembargos über Russland eine "drastische Rezession" die Folge für Berlin und Brüssel sein. So hieß es, dass 400.000 Arbeitsplätze wegfallen würden und das Wirtschaftswachstum fürs nächste Jahr um 2,2 Prozentpunkte sänke. Noch wehrt sich die Ampel-Regierung unter Bundeskanzler Scholz vor diesem Embargo, da allseits bekannt ist, wie sehr die deutsche Wirtschaft von russischen Energieträgern abhängig ist.

Für die meisten ist es schwer, sich auf neuartige Finanzinstrumente einzulassen. Zu eindringlich wurde die Gewohnheit, jede individuelle Finanzhandlung erst vom Staat absegnen, garantieren und mit einem Gütesiegel versehen zu lassen. Objektiv gesehen ist es aber der westliche Staat selbst, der seine Staatsangehörigen monetär im Stich lässt. "Weniger zu duschen" ist nun mal nicht derselbe Ratschlag wie "kauf dir für dein Weihnachtsgeld 2016/17 ein bisschen Bitcoin". (Selbst heute würde sich der Kauf von Bitcoin langfristig lohnen.)

Die Skepsis gegenüber dem modernen Staat ist ein Phänomen, das über die letzten Jahre stark anwuchs. Die rasant steigende Inkompetenz in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist mittlerweile sogar für den Laien ersichtlich. Dass die EU-Bürokratie am Ende die Verarmung eines Großteils ihrer Bevölkerung hinnehmen wird, ist sichtbar für diejenigen, die es sehen möchten. Heute sogar mehr als je zuvor. Die jetzige Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland ist nur der allerneueste und offensichtlichste Schritt aus Brüssel. Ihm sind viele weitere Leichtsinnige vorangegangen, besonders in den beiden letzten Coronakrise-Jahren. Das wirtschaftspolitische Harakiri, das die EU vorsätzlich verfolgt, dient, wenn nicht der Auflösung des Staatenbundes, dann doch auf jeden Fall der Vernichtung seines Mittelstands.

Wie bereits Ende Januar von uns berichtet, sind die Gründe für den kommenden finanziellen Kollaps schon seit einigen Jahren ersichtlich und nicht einmal im Ansatz linear auf die von Wladimir Putin Ende Februar veranlasste militärische Sonderoperation in der Ukraine zurückzuführen. Die westlichen Staaten freuen sich jedoch, dass die Jahrzehnte ihrer parasitären, leichtsinnigen, und expansiven Geldpolitik nun an einen externen Sündenbock angebunden werden können. Verständlicherweise werden genau diejenigen, die diese Lüge annehmen, am meisten Schaden von den zukünftigen finanziellen, systemischen Umwälzungen nehmen. Das wird die Strafe sein dafür, sich mit dem eigenen Brüsseler und Washingtoner Geld-System nie wirklich kritisch genug auseinandergesetzt zu haben.

Und die immer weiter wachsende Minderheit, die ihre übrig gebliebene finanzielle Souveränität irgendwie erhalten möchten, müssen sich auf einen gefährlichen Slalom – bestehend aus Staatskontrolle und Regulierungen – einstellen, um Enteignungen innerhalb der EU zu entgehen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.